

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Feiertagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 5 25 Mark, vierteljährlich 9 75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 283 bis 15 291.

Die Abreise der Italiener.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 25. April.

Nach einer heftigen Debatte haben Orlando, Barzilai und General Diaz gestern Paris verlassen.

Paris, 25. April. (Savas.)

Donnerstag nachmittag fand eine Konferenz zwischen Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Sonnino statt.

Die Savaserklärung fährt fort: Es muß bekannt werden, daß es sich nicht um einen Bruch handelt, sondern nur um eine Unterbrechung der italienischen Mitarbeit bei den Arbeiten der Friedenskonferenz.

Orlando erklärte dem „Echo de Paris“ zufolge, daß er sich an das Parlament wenden werde, um die Befähigung des ihm anvertrauten Mandats zu verlangen.

Nach Berichten des amerikanischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung über Wilsons Haltung geteilt.

Faß alle englischen Sozialistenführer und Parlamentsmitglieder der englischen Arbeiterpartei haben Wilson ein Telegramm geschickt und ihm ihre Zustimmung ausgesprochen.

Der Berichterstatter der „Morning Post“ berichtet ausführlich über die Erregung, die Wilsons Haltung in Frankreich hervorgerufen habe.

Rom, 25. April. (Stefani.)

Die Warenbörse in Genoa hat als Protest gegen die Handlungsweise Wilsons ihre Tätigkeit eingestellt und Orlando zu seiner festen Haltung beglückwünscht.

eine befreundete Nation beleidigt habe. Wilson, der unter seinen Augen seine 14 Punkte habe zerrinnen lassen, die Freiheit der Meere und das Recht der Nationalitäten in allen Staaten Europas verlegt habe und die Entstehung der wildesten imperialistischen Gefahren in den Kolonien und in Asien duide, Wilson, der die Japaner zu Menschen zweiter Klasse herabdrücke, könne nicht hoffen, seine nur zum Vorteil der Angeschlagenen aufgegebenen Grundsätze in den Gewässern der Adria wiederzufinden.

Straßenkämpfe in Gleiwitz.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

\* Gleiwitz, 25. April.

Heute mittag kam es in der Wilhelmstraße zu großen Unruhen. Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich vor einem Kaufhause für Herrenbekleidung versammelt und forderte billige Kleidungsstücke.

\* Waldenburg, 25. April.

Eine große Bergarbeiterdemonstration fand heute mittag vor dem Landratsamt in Waldenburg (Niederschlesien) statt. Etwa 8000 Personen begaben sich zum Landrat, um sich über die schlechte Ernährung zu beschweren.

Bevorstehende Schließung der Königs- und Laurahütte.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Kattowitz, 25. April.

Von besonderer Seite geht uns die Nachricht zu, daß die Generaldirektion der Vereinigten Königs- und Laurahütte den Arbeiter- und Beamtenausschüssen eine Mitteilung zugestellt habe, wonach sie die Schließung des Betriebes bis zum 30. d. M. vorbereiten sollten.

In den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Berg- und Hütten-Industrie und den Arbeitnehmerverbänden wurde heute beschlossen, daß ab 1. Mai die 7 1/2 stündige Arbeitszeit für Belegschaften unter Tage eingeführt wird.

Der Aufsichtsrat der Donnermarzhütte lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Arbeiter- und Angestelltenausschusses ab, die bewährten beiden stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes Heil und Müller sowie andere Beamte zu entlassen bezw. zu pensionieren, weil für diese Anträge irgendwelche rechtliche oder tatsächliche Gründe nicht geltend gemacht wurden und auch nicht vorliegen.

Kaufmännische Steuererhebung.

Der Nationalversammlung liegt ein Bündel neuer Steuergesetze vor, der preussische Notetat kündigt die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer an, die Kommunen sehen ihre Steuerzuschläge auf früher ungeahnte Höhen fest.

Zunächst gibt es eine Reihe von steuerlichen Ungerechtigkeiten, über die man früher bei verhältnismäßig niedrigen direkten Steuern leicht hinwegsehen konnte, die aber bei den künftigen Steuererhöhungen zu bösen Konsequenzen führen würden.

Neben dieser Beseitigung ungerechter Einschätzungsverfahren erscheint es aber vor allen Dingen als sehr wünschenswert, daß der Verkehr zwischen der Steuerbehörde und den Steuerzahlern Reformen unterworfen wird.

Besonders peinlich ist es gerade für den Kaufmann auch, daß er sich im Verkehr mit der Steuerbehörde auf die Auskünfte von Beamten, mit denen er unterhandelt und berät, nie verlassen kann.